

BV Freising Graf-Moy-Str. 4 85356 Freising

Herrn
Staatsminister
Dr. Florian Herrmann
Staatskanzlei
Postfach 220011
80535 München

5. 4. 2018

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann,

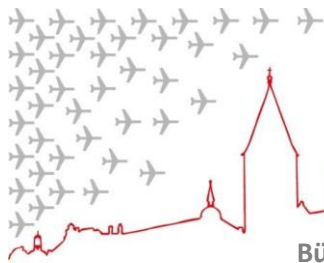
zunächst möchten wir Ihnen zu Ihrer Ernennung als Staatsminister gratulieren.

Danken möchten wir Ihnen auch für Ihre Initiative in Form eines Antrags zum Thema Ultrafeinstaub. Wir verstehen den Antrag so, dass Sie als CSU-Mitglied Ihren Kollegen nachträglich die Dringlichkeit des Schutzes der Bevölkerung vor UFP nahebringen möchten. Die Information durch Sie erreicht hoffentlich auch eine breite Öffentlichkeit.

Wegen der von der Wissenschaft bereits in mehreren Studien aufgezeigten hohen Gesundheitsrisiken duldet das Thema keinerlei Aufschub. In diesem Sinne hoffen wir, dass die schriftliche Information der Parlamentarier in nächster Zeit erfolgen kann – die ausführlichen Antworten und das Protokoll sind für Interessierte ja bereits jederzeit abrufbar.

Wie bereits mehrfach angeführt, zeigen alle zum Thema UFP und Flugverkehr vorliegenden Erkenntnisse eine eindeutige Kausalkette:

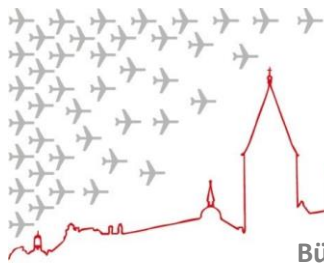
- Beim ungefilterten Abbrand von täglich bis zu 600.000 Liter Kerosin im direkten Umfeld des Flughafens München entstehen Unmengen ultrafeiner Partikel mit einer mittleren Größe von ca. 13 Nanometer.
- Zusätzlich entstehen täglich mehrere Kilogramm kanzerogene Schadstoffe, die u.a. aus den Kerosin - Additiven stammen.
- Mit dem Wind werden die Schadstoffe und die ultrafeinen Partikel ins Umland getragen. Auch noch in mehreren Kilometern Entfernung treten 6-10 fache Belastungswerte von UFP auf (Normalbelastung: 2.500 – 4.000 Partikel/cm³; Beispiel Freising bei SO-Wind: 50.000 Partikel/cm³). Ganz zu schweigen von der Belastung direkt am Flughafen, die auch mehrere 100.000 Partikel/cm³ betragen kann.



- Die UFIREG-Studie, an der u.a. auch das Helmholtz-Zentrum beteiligt war, geht von einer bis zu 2% höheren Mortalitäts- und Krankenhauseinweisungsrate aus, wenn sich die Partikelanzahl pro cm^3 im Durchschnitt um 1.000 pro Tag erhöht (siehe Anlage).
- Diese Studie steht nicht allein; es gibt mehrere Studien mit gleichlautenden oder ähnlichen Ergebnissen; allerdings geht es da um Straßenverkehr. In Hinblick auf gesundheitliche Schäden findet sich jedoch kein Unterschied zwischen Benzin/Dieselerbrennung und Kerosinverbrennung.
- Hinsichtlich des Schadstoffausstoßes gibt es gravierende Unterschiede: KFZ und LKW sind heute mit vielfältigen Reinigungs- und Filtersystemen ausgerüstet, während die Triebwerke der Flugzeuge das Kerosin ungefiltert emittieren - ohne Katalysatoren, ohne Rußfilter, ohne Abgasrückführung und ohne Adblue-Beimischung zur Reduzierung von NOx. Damit befinden sich Triebwerke unter dem Aspekt der Abgasreinigung auf einem technischen Stand, der dem Stand der KFZ von vor mehr als 40 Jahren entspricht. Mittlerweile wurde im Übrigen für Benzin- und Diesel-PKW auch die max. zulässige Anzahl ultrafeiner Partikel pro km gesetzlich geregelt.
- Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Bevölkerung in der Stadt vor dem KFZ-Verkehr geschützt wird (siehe aktuelle Diskussion um Fahrverbote; entsprechende gesetzlichen Regelungen zur Betriebszulassung von KFZ etc.), während über die Emissionen aus den Triebwerken noch nicht einmal diskutiert wird.
- Flughafenbeschäftigte und Anwohner von Flughäfen sind hohen Konzentrationen ungefilterter Abgase aus Triebwerken ausgesetzt und fungieren gleichsam als „Human-filter“.
- Uns liegen erschreckende Informationen zum Thema Gesundheit vor, die sich nahtlos in das von UFIREG dargestellte Szenario einfügen:
 - Die von den Flughafenbetreibern (MUC, FRAPORT) in den Nachhaltigkeitsberichten kommunizierte Krankenquoten liegen um ca. 50% über dem Bundesdurchschnitt.
 - Das Ergebnis einer inoffiziellen eigenen internen Erhebung: 44 von ca. 1.000 Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes am Flughafen München haben Krebs. Damit liegt die Krebsrate um 100 % über dem Bundesdurchschnitt.
 - Feinstaub ist ungefähr 5 mal so gefährlich wie Stickoxide (Prof. Peters, Helmholtz-Zentrum).
 - Die Lungenkrebserkrankungen im Landkreis Freising sind auffällig hoch (Chefarzt Dr. von Schilling, Klinikum Freising).

Es gibt also eine lückenlose Kausalkette, die die Gesundheitsschädlichkeit der UFP belegt und keine einzige Studie, die den UFP eine Unbedenklichkeit bescheinigt.

Deshalb ist es skandalös, wie der Staat in dieser Sache mit seiner Fürsorgepflicht umgeht. So wie sich die Fakten darstellen, betreibt die FMG ein Geschäft, durch das Beschäftigte und

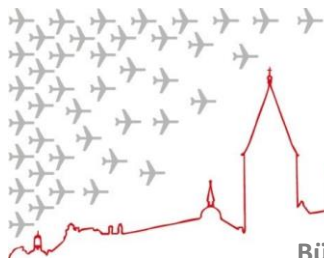


Anwohner hohen Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind. Zur Erinnerung: Eigentümer dieser GmbH ist die öffentliche Hand und damit auch verantwortlich für das, was dort geschieht. Es ist deshalb in keinsten Weise nachvollziehbar, dass der Geschäftsleitung der FMG unter diesem Aspekt gestattet wird, wider besseres Wissen massives „green washing“ zu betreiben und den Flughafen als harmlosen „show case“ darzustellen.

Als einziges bisher verwertbares Ergebnis der Politik gab es am 16.11.2017 die Anhörung im Umweltausschuss; diese Anhörung kam auf Basis des Minderheitenvotums zustande und gegen die Stimmen der CSU. Hier ein Auszug aus der Listung der „Nichtaktivitäten“ verantwortlicher Politiker:

- MdB Irlstorfer (CSU): verweigert trotz mehrfacher Anschreiben seit über einem Jahr ein Gespräch mit dem BV Freising zum Thema UFP. Seine Begründung: H. Binner, damals Sprecher von AufgeMUCKt, hätte die Kommunikation aufgekündigt.
- MdL Ritt (CSU): Wer misst, misst Mist – Zusammenfassende Bemerkung in der Anhörung am 16.11.2017.
- Minister M. Huber (CSU) (damals noch in der Staatskanzlei): Weiterleitung der UFP Problematik an das Umweltministerium.
- Ministerin Huml (CSU): Weiterleitung der UFP- Problematik an das Umweltministerium.
- Ministerin Scharf (CSU): Weiterleitung der UFP- Problematik an das Gesundheitsministerium und Verweis auf laufende Untersuchungen im Rahmen des UFO-Plan-Projektes in Frankfurt.
- Aufsichtsratsvorsitzender der FMG, Dr. M. Söder (CSU): bis heute keine Antwort auf unser Anschreiben vom 5.3.2018 (siehe Anlage).
- Vorsitzender des CSU Ortverband Freising, Jürgen Mieskes (CSU): Man müsse den Ball flach halten und dürfe die Bevölkerung nicht verunsichern.

Unabhängig davon, dass keiner versteht, warum die Betroffenen ihre Betroffenheit nachweisen sollen und nicht der Verursacher seine Unbedenklichkeit, sind wir überzeugt: So kann man auf Dauer mit den Betroffenen/Geschädigten nicht umgehen. Der BV Freising wird deshalb alle zur Verfügung stehende Mittel nutzen, um die Problematik weiter in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit zu stellen. Hier hoffen wir auf Ihre Unterstützung!



Solang die Unbedenklichkeit von UFP nicht nachgewiesen ist, erübrigen sich weitere Diskussionen um den Bau einer 3. Startbahn.

Des Weiteren sehen wir als erste nächste Schritte:

- Umfängliche und transparente Aufklärung der Betroffenen
- Entfall jeglicher Subventionen zur Förderung des Flugbetriebs
- Erstellung eines Programms zur Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Bahn

Da Ihr Wahlkreis betroffen ist, gehen wir davon aus, dass Sie sich besonders um dieses Problem kümmern. Durch die jetzt mit dem Staatsministeramt verbundene Nähe zu Ministerpräsident Söder setzen wir deshalb große Erwartungen, dass das Thema UFP eine höhere Aufmerksamkeit beim Ministerpräsidenten selbst erhält und alle erforderlichen Schritte unverzüglich eingeleitet werden.

Wir bitten Sie uns zeitnah mitzuteilen, welche weiteren Schritte von Ihrer Seite geplant sind.

Gerne stehen wir auch für einen gemeinsamen Austausch in kleiner Runde oder für weitere Fragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Reinhard Kendlbacher
Vorsitzender

Dipl.-Ing. Wolfgang Herrmann
Stellvertretender Vorsitzender